

Praktikumsbericht:

Politische (Un-)Gleichheit in der postmigrantischen Demokratie

Kick-Off Kooperationsprojekt PoMigDem 06/2025 an der MZES in Mannheim

Vorzulegen bei: Prof. Dr. Susanne Pickel

Name, Vorname: Yazbeck, Jawad

Anschrift: Breslauer Straße 28, 45145 Essen

Telefonnummer: 017662626969

E-Mail-Adresse: Jawad.yazbeck@stud.uni-due.de

Studiengang: Theorie und Vergleich politischer Systeme im Wandel

Matrikelnummer: 3109968

Ort, Datum: Essen, den 20.10.2025

Inhalt

1 Einleitung.....	3
2 Theoretischer Rahmen.....	4
2.1 Politische Repräsentation und Responsivität.....	4
2.2 Soziale Ungleichheit und politische Repräsentation	6
2.3 Intersektionalität: Ein differenzierter Blick auf soziale Ungleichheit	8
3 Intersektionale Ungleichheit in den Tagungsprojekten.....	12
4 Vergleich der bisherigen Forschung mit den Tagungsprojekten.....	15
5 Fazit.....	19
6 Literaturverzeichnis.....	20

Gender-Hinweis

Die in der vorliegenden Arbeit verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich gleichermaßen auf weibliche, männliche und diverse Personen. Auf eine Doppelnennung und gegen-der-Bezeichnungen wird zugunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

1 Einleitung

Demokratien weltweit sehen sich gegenwärtig mit wachsenden Herausforderungen konfrontiert, etwa durch sinkende Wahlbeteiligung, Vertrauensverlusten in politische Institutionen oder die Marginalisierung gesellschaftlicher Gruppen. Auch in Deutschland wird eine zunehmende Distanz zwischen politischen Entscheidungsträgern und Teilen der Bevölkerung sichtbar. Besonders deutlich tritt diese Kluft bei Menschen zutage, die mehrfach von sozialer Ungleichheit betroffen sind. In einer postmigrantischen Gesellschaft, in der Migration nicht als Ausnahme, sondern als strukturprägendes Element des sozialen Zusammenlebens verstanden wird, rücken Fragen nach gleichberechtigter Teilhabe, Anerkennung und Repräsentation verstärkt ins Zentrum der politischen Debatte (Foroutan 2021: 24).

Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung steht die Frage, wie sich politische Gleichheit unter Bedingungen intersektionaler Vielfalt verwirklichen lässt. Während etablierte Demokratietheorien, etwa jene von Armin Schäfer und Lea Elsässer, empirisch belegen, dass politische Entscheidungen häufig überproportional die Interessen ökonomisch privilegierter Gruppen berücksichtigen (Elsässer et al. 2017: 161), erfassen sie vielfach nicht die subjektiven Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung. Aspekte wie Anerkennungsdefizite, rassifizierte Fremdzuschreibungen oder kulturelle Ausschlüsse bleiben in vielen dieser Analysen unbeachtet.

Hier setzt die Forschung zur postmigrantischen Gesellschaft an. Sie fragt danach, wie demokratische Institutionen und Prozesse angesichts zunehmender Diversität gestaltet sein müssen, um tatsächliche Inklusion zu ermöglichen (siehe Foroutan 2021). Dieses Anliegen stand auch im Fokus der zweitägigen wissenschaftlichen Tagung des Forschungsprojekts „PoMig-Dem“, an der ich im Rahmen meines Praktikums teilgenommen habe. Ziel der Veranstaltung war es, interdisziplinäre Perspektiven auf politische Partizipation, Repräsentation und Responsivität im Hinblick auf intersektionale Ungleichheit zu präsentieren und kritisch zu diskutieren.

Ausgehend von den dort geführten Diskussionen ergibt sich die zentrale Forschungsfrage dieses Berichts: *„Inwiefern beeinflussen intersektionale Merkmale wie Migrationshintergrund, Geschlecht, Bildungsstand und Einkommen die Wahrnehmung politischer Responsivität und Partizipation in Deutschland?“*

Der Bericht verfolgt das Ziel, theoretische und bisherige empirische Beiträge zur sozialen Ungleichheit systematisch einzuordnen, die auf der Tagung präsentierten Projekte kritisch zu analysieren und sie mit etablierten Konzepten, insbesondere jenen von Armin Schäfer und Lea Elsässer, in Beziehung zu setzen. Im Zentrum steht die Frage, wie demokratische Gleichheit unter postmigrantischen Bedingungen eingelöst werden kann und weshalb gerade diese Perspektive für die Weiterentwicklung demokratischer Praxis heute von besonderer Relevanz ist.

2 Theoretischer Rahmen

Zunächst soll ein theoretischer Rahmen geschaffen werden, der zentrale Begriffe im Kontext der bisherigen Forschung und Literatur präzise einordnet. Diese begriffliche Klärung ist essenziell für das folgende Kapitel, da sie die Grundlage für das Verständnis der zugrundeliegenden Wirkungsmechanismen und Wechselwirkungen bildet.

2.1 Politische Repräsentation und Responsivität

Ein grundlegender theoretischer Zugang zur Repräsentationsforschung stammt von Hanna Pitkin. In ihrem einflussreichen Werk *„The Concept of Representation“* unterscheidet sie vier Dimensionen politischer Repräsentation: formale, deskriptive, symbolische und substanzielle Repräsentation (Pitkin 1967). Substanzielle Repräsentation beschreibt dabei die inhaltliche Übereinstimmung zwischen den Präferenzen der Repräsentierten und den politischen Entscheidungen der Repräsentierenden.

Für Pitkin ist Responsivität ein zentraler Bestandteil substantieller Repräsentation. Sie definiert Repräsentation als ein *„Handeln im Interesse der Repräsentierten, in einer Weise, die auf sie reagiert“*¹ (Pitkin 1967: 209). Mit dieser Definition betont sie den prozessualen, dialogischen Charakter repräsentativer Beziehungen: Politische Akteure sollen nicht nur Entscheidungen treffen, sondern diese idealerweise an den Präferenzen der Repräsentierten ausrichten und rechtfertigen können. Damit wird deutlich, dass Responsivität eine Teildimension substantieller Repräsentation ist – sie misst die Reaktionsfähigkeit, ersetzt aber nicht das übergeordnete Konzept der Repräsentation (Pitkin 1967: 233).

Ein zentrales Element dieses Verständnisses ist die Rückkopplung politischer Entscheidungen an den gesellschaftlichen Willen. Responsivität bedeutet, dass Regierende die Anliegen und Präferenzen der Bevölkerung in ihre Entscheidungen einbeziehen. Dennoch weist Pitkin darauf hin, dass politische Repräsentation komplex ist und über eine rein delegative Beziehung hinausgeht: Repräsentierende sind weder bloße „Delegierte“ noch vollständig autonome „Treuhänder“, sondern agieren in einem Spannungsverhältnis zwischen Eigenverantwortung und Rückbindung an die Repräsentierten (Pitkin 1967: 151–153; Elsässer 2018: 25).

Im Falle von Entscheidungen, die von der Mehrheitsmeinung abweichen, fordert Pitkin eine besondere Begründungspflicht. Eine dauerhafte Abweichung von zentralen Anliegen der Bevölkerung sei nur legitim, wenn sie überzeugend erklärt werden kann. Repräsentation erfordere eine ständige Bereitschaft zur Responsivität, die über bloße Gefälligkeit hinausgeht und

¹ Ins Deutsche übersetzt

ein ernsthaftes Bemühen um Rechenschaft und Reaktionsfähigkeit impliziert (Pitkin 1967: 232f.).

Darüber hinaus unterscheidet Pitkin zwischen subjektiven, selbst artikulierten Interessen („*wishes*“) und objektiven, längerfristigen Interessen („*interests*“) der Repräsentierten. Sie geht davon aus, dass objektive Interessen nicht unabhängig von der Perspektive der betroffenen Gruppen oder Individuen bestimmt werden können. Eine legitime Bestimmung objektiver Interessen setze deren aktive Mitdefinition voraus, wodurch subjektive und objektive Interessen eng miteinander verknüpft sind (Pitkin 1967: 209–210).

Pitkin argumentiert zudem für eine systemische Perspektive auf Responsivität. Politische Repräsentation kann nicht an einzelnen Entscheidungen gemessen werden, sondern muss als institutionelles Arrangement im Rahmen eines politischen Systems verstanden werden. In diesem Sinne ist es nicht erforderlich, dass jede einzelne Entscheidung responsiv ist; oft kann es sogar unzulässig sein, strikt der Mehrheitsmeinung zu folgen. So können etwa der Schutz von Grundrechten oder Minderheiten eine Abweichung von der Mehrheitsmeinung erfordern (Pitkin 1967 nach Schäfer 2015: 38).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Pitkin zwischen dem übergeordneten Konzept der politischen Repräsentation und dem zentralen Aspekt der Responsivität unterscheidet, wobei letztere den reaktiven, dialogischen Charakter repräsentativer Entscheidungsprozesse beschreibt (Pitkin 1967: 118, 155 und 233). Die Responsivität sei die wesentliche Anforderung an die Qualität und den Modus des substanziellen Handelns (Pitkin 1967: 209–211). Die empirische Messung von Responsivität erfordert daher die Beobachtung der Interaktion zwischen Repräsentierten und Repräsentierenden und kann nicht allein aus der Übereinstimmung von Präferenzen und Entscheidungen abgeleitet werden.

In kritischer Auseinandersetzung mit der Vorstellung eines „Mikrokosmos der Gesellschaft“ im Parlament verweist Pitkin – etwa von Schäfer aufgegriffen – darauf, dass Repräsentation nicht notwendigerweise in einer soziodemografischen Spiegelung der Bevölkerung bestehen muss. Entscheidend sei vielmehr die Qualität des Kommunikationsverhältnisses zwischen Repräsentierten und Repräsentanten. Dieses Verhältnis muss Raum für eigenständige Entscheidungen der Gewählten lassen, diese jedoch zugleich zur Begründung und Rechenschaft verpflichten. Repräsentation ist somit weniger durch das *Wer*, sondern vielmehr durch das *Wie* geprägt (Schäfer 2015: 38).

Bei dieser dialogorientierten Konzeption schließt Pitkin die Bedeutung von Gruppenrepräsentation und politischer Inklusion nicht aus. Im Gegenteil: Eine effektive Responsivität setzt vielmehr voraus, dass auch marginalisierte oder benachteiligte Gruppen angemessen politisch vertreten sind. Diese Perspektive wird durch den modernen Republikanismus gestützt, der auf

strukturelle Inklusion zielt und Maßnahmen wie „*affirmative action*“ oder parteiinterne Quoten als legitime, wenngleich temporäre Mittel zur Sicherung politischer Gleichheit betrachtet (Schäfer 2015: 40/Lauth 2004).

Vor diesem Hintergrund gewinnt Responsivität auch eine normative Dimension. Die politikwissenschaftlichen Arbeiten von Elsässer, Hense und Schäfer zeigen, dass ungleiche Responsivität, also eine systematische Nichtberücksichtigung bestimmter sozialer Gruppen eine Verletzung des Prinzips politischer Gleichheit darstellt und damit das Repräsentationsverhältnis im Sinne Pitkins untergräbt (Elsässer 2018: 40).

2.2 Soziale Ungleichheit und politische Repräsentation

Die politikwissenschaftlichen Arbeiten von Lea Elsässer und Armin Schäfer, häufig in Zusammenarbeit mit Svenja Hense entstanden, leisten einen zentralen Beitrag zur empirischen Analyse substantieller Repräsentation unter Bedingungen sozialer Ungleichheit in Deutschland. Ihre Forschung untersucht, in welchem Maße politische Entscheidungen mit den Präferenzen unterschiedlicher sozialer Gruppen übereinstimmen. Dabei zeigt sich, dass politische Entscheidungen systematisch stärker den Interessen einkommensstarker Bevölkerungsgruppen entsprechen, während die Anliegen einkommensschwacher Gruppen kaum berücksichtigt werden. Zwischen 1998 und 2015 war die Wahrscheinlichkeit besonders gering, dass politische Präferenzen von Bürgerinnen und Bürgern mit niedrigem Einkommen in konkrete Gesetzesvorhaben einfließen; in manchen Fällen bestand sogar ein negativer Zusammenhang zwischen ihren Präferenzen und den tatsächlichen politischen Entscheidungen (Elsässer et al. 2017: 161).

Auch wenn Elsässer und Schäfer ihre Ergebnisse im weiteren Sinne als Ausdruck ungleicher Responsivität interpretieren, handelt es sich im engeren theoretischen Verständnis um substantielle Repräsentation. Der Vergleich von Einstellungen der Bevölkerung mit politischen Entscheidungen erlaubt zwar Rückschlüsse auf den Grad der inhaltlichen Übereinstimmung, nicht jedoch auf den zugrunde liegenden kommunikativen Prozess, der für Responsivität im strengen Sinn konstitutiv wäre (siehe Pitkin 1967). Insofern zeigen ihre Analysen weniger eine Reaktionsbeziehung als vielmehr ein Muster ungleicher politischer Berücksichtigung.

Bemerkenswert ist, dass sich diese Form ungleicher Repräsentation nicht auf die institutionellen Eigenheiten des deutschen politischen Systems beschränken lässt. Vielmehr zeigen sich deutliche Parallelen zur politischen Praxis in den Vereinigten Staaten, obwohl sich beide Länder hinsichtlich ihrer Parteistrukturen, Finanzierungsmodelle und institutionellen Arrangements stark unterscheiden. Dies legt nahe, dass parteifinanzielle Abhängigkeiten zwar ein relevanter, aber keinesfalls hinreichender Erklärungsfaktor für verzerrte Repräsentation sind (Elsässer et al. 2017: 161–163).

Besonders ausgeprägt ist die politische Schieflage dann, wenn starke Meinungsunterschiede zwischen sozialen Gruppen bestehen, etwa wenn Angehörige der oberen Einkommensschichten andere politische Präferenzen äußern als die der unteren oder mittleren Klassen. Je größer die soziale Distanz zwischen diesen Gruppen ist, desto stärker divergieren auch ihre politischen Einstellungen. Dies betrifft insbesondere Bereiche wie die Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. So sprechen sich Angehörige niedrigerer Einkommensgruppen häufiger für staatliche Umverteilung aus, während Selbstständige in der Regel marktliberalere Positionen vertreten (Elsässer et al. 2017: 176–178).

Ein zentrales Anwendungsfeld dieser Befunde stellt die Analyse der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik dar. Große Reformvorhaben der letzten Jahrzehnte orientierten sich überwiegend an den Interessen der oberen sozialen Klassen. Es existiert kein Beispiel für eine weitreichende Reform, die ausschließlich den Präferenzen der unteren Einkommensschichten entsprach und entgegen den Interessen privilegierter Gruppen durchgesetzt wurde. Im Gegenteil: Zahlreiche sozialstaatliche Maßnahmen wurden mit Unterstützung von Selbstständigen oder Beamtinnen und Beamten beschlossen, obwohl sie dem erklärten Willen einkommensschwächerer Berufsgruppen widersprachen. Dies betrifft etwa die Einführung der Riester-Rente, die Rentenreform von 2004 oder die Arbeitsmarktreformen im Rahmen der Agenda 2010. Während einkommensstarke Gruppen diese Reformen überwiegend unterstützten, stießen sie bei einkommensschwachen Personen auf deutliche Ablehnung (Elsässer 2018: 136–138).

Auch Maßnahmen zur sogenannten „Arbeitsmarktaktivierung“, etwa verschärfte Zumutbarkeitskriterien oder Sanktionen, erhielten insbesondere von einkommensstarken Berufsgruppen Zuspruch, während Arbeiterinnen und Arbeiter diesen Maßnahmen deutlich skeptischer gegenüberstanden. Sozialinvestive Reformen wie die Erweiterung frühkindlicher Bildungsangebote oder die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns wurden hingegen nur dann umgesetzt, wenn sowohl untere als auch obere Klassen diese unterstützten. Elsässer und Schäfer interpretieren solche Konstellationen als Form *„zufälliger Repräsentation“*, da sie nicht auf eine gleichmäßige Berücksichtigung aller sozialen Gruppen hindeuten, sondern auf eine Überschneidung privilegierter und benachteiligter Interessen, bei der letztere lediglich mitgetragen wurden (Elsässer 2018: 164–166).

Diese selektive Form substantieller Repräsentation trägt nicht nur zur Reproduktion, sondern auch zur Verstärkung sozialer Ungleichheiten bei. Die Transformation des Sozialstaats in Richtung einer aktivierenden, auf Eigenverantwortung setzenden Ausrichtung kann als Ausdruck politischer Repräsentation zugunsten ökonomisch privilegierter Gruppen verstanden werden, was die soziale Polarisierung weiter vertiefen kann (Elsässer 2018: 169).

Als Erklärung für dieses Phänomen identifizieren Elsässer, Schäfer und Hense mehrere Mechanismen. Zunächst ist die politische Partizipation selbst ungleich verteilt: Personen mit

hohem Einkommen beteiligen sich deutlich häufiger an Wahlen und politischen Aktivitäten, während ärmere Bevölkerungsgruppen seltener politisch sichtbar werden. Da politische Entscheidungsträger sich tendenziell stärker an aktiven Bürgerinnen und Bürgern orientieren, führt diese Asymmetrie zu einer strukturellen Verzerrung substantieller Repräsentation. Ergänzend wirkt der Einfluss wirtschaftsnaher Interessengruppen, die über ein hohes Maß an Ressourcen verfügen und politische Prozesse effektiv beeinflussen können. Hinzu kommt die strukturelle Überrepräsentation privilegierter sozialer Gruppen in den Parlamenten. Der hohe Anteil von Personen mit akademischen Abschlüssen und höheren Einkommen unter den Abgeordneten führt dazu, dass bestimmte Lebensrealitäten politisch unterrepräsentiert bleiben (Schäfer 2015: 24–26; Elsässer et al. 2017: 178).

Diese empirischen Befunde haben gravierende demokratietheoretische Implikationen. Die ungleiche Repräsentation sozialer Gruppen stellt eine Verletzung des Prinzips politischer Gleichheit dar, das eine zentrale normative Grundlage demokratischer Legitimität bildet. Im Anschluss an Hanna Pitkin lässt sich festhalten, dass politische Repräsentation die Bereitschaft zur Responsivität gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern voraussetzt. Werden politische Repräsentierende diesem Anspruch nicht gerecht, wird das Repräsentationsverhältnis nicht nur in seiner Funktion, sondern auch in seiner Legitimität geschwächt. Elsässer, Hense und Schäfer warnen vor einer negativen Rückkopplung zwischen sozialer und politischer Ungleichheit: Wenn ökonomisch benachteiligte Gruppen zugleich politisch marginalisiert werden, entsteht eine Dynamik, in der sich gesellschaftliche Spaltungen vertiefen und die Grundlagen demokratischer Gleichheit erodieren (Elsässer 2018: 169–170).

2.3 Intersektionalität: Ein differenzierter Blick auf soziale Ungleichheit

Der Begriff der Intersektionalität wurde von der US-amerikanischen Juristin Kimberlé Crenshaw geprägt. In ihren einflussreichen Arbeiten aus den Jahren 1989 und 1991 entwarf sie erstmals einen konzeptionellen Rahmen, um die komplexen Überschneidungen sozialer Kategorien wie Geschlecht, Ethnie, Klasse oder Sexualität sichtbar zu machen. Crenshaw ging es dabei um die Frage, wie sich unterschiedliche Diskriminierungsformen gegenseitig verstärken können und warum bestimmte soziale Erfahrungen nicht angemessen erfasst werden, wenn man sie nur entlang einer einzelnen Dimension der Ungleichheit betrachtet. Ihre zentrale These lautet, dass Menschen mehrfach benachteiligt sein können, weil sie sich gleichzeitig in mehreren sozialen Kategorien bewegen (etwa als schwarze Frau aus einer Arbeiterfamilie) und dass diese Verschränkungen spezifische Diskriminierungserfahrungen erzeugen, die weder allein mit Rassismus noch allein mit Sexismus erklärt werden können (McCall 2005: 1771).

Intersektionalität bezeichnet in diesem Sinne ein analytisches Instrument, das hilft, nicht nur den einzelnen Einfluss, sondern auch das gleichzeitige Zusammenwirken verschiedener Macht- und Ungleichheitsverhältnisse zu erfassen. Dabei wird deutlich, dass soziale

Kategorien wie Geschlecht, Klasse, Ethnie, Nationalität oder sexuelle Orientierung nicht isoliert nebeneinanderstehen, sondern miteinander verwoben sind und sich gegenseitig beeinflussen. Anders als eine additive Sichtweise, die diese Kategorien lediglich summiert, versteht Intersektionalität sie als strukturell verschränkt und sich wechselseitig beeinflussend. Entsprechend richtet sich das Erkenntnisinteresse intersektionaler Forschung nicht darauf, festzustellen, welchen sozialen Kategorien eine einzelne Person angehört, sondern darauf, wie gesellschaftliche Verhältnisse funktionieren, wie sie Ungleichheit erzeugen und wie sie sich in konkreten Machtkonstellationen materialisieren (Cho et al. 2013: 795).

Ein zentrales Anliegen dieses Konzepts ist die Überwindung eines eindimensionalen Denkens, das soziale Ungleichheit nur entlang einzelner Achsen analysiert. Crenshaw kritisiert, dass diese reduktionistische Perspektive sowohl die juristische Praxis als auch wissenschaftliche Diskurse und politische Kämpfe um soziale Gerechtigkeit in ihrer Wirkungskraft beschränkt. Intersektionalität hingegen ermöglicht es, die komplexen Dynamiken von Differenz und Gleichheit jenseits solcher begrenzten Perspektiven sichtbar zu machen. Sie ist dabei weniger als abgeschlossene Theorie zu verstehen, sondern vielmehr als eine „*analytische Sensibilität*“, also als Denkweise und methodische Haltung, mit der Machtverhältnisse in ihrer Verschränkung gedacht und analysiert werden (Cho et al. 2013: 795-796).

Die Soziologin Leslie McCall hat diese Diskussion entscheidend weiterentwickelt, indem sie drei unterschiedliche Herangehensweisen an kategoriale Komplexität unterscheidet. Der antikategoriale Ansatz geht davon aus, dass feste analytische Kategorien die Komplexität sozialen Lebens nicht abbilden können und selbst Teil des Problems sind, da sie Ungleichheiten reproduzieren. Der intrakategoriale Ansatz konzentriert sich auf Gruppen, die sich an den Schnittstellen mehrerer sozialer Kategorien befinden, um deren spezifische Erfahrungen sichtbar zu machen. Der interkategoriale Ansatz schließlich erkennt bestehende soziale Gruppen und Ungleichheitsverhältnisse an, um deren Beziehungen systematisch zu analysieren. McCalls eigene Forschung veranschaulicht dies am Beispiel von Ungleichheiten unter Frauen unterschiedlicher Klassenlagen. Sie weist darauf hin, dass die Kategorie Klasse in der intersektionalen Literatur häufig unterbelichtet ist, obwohl sie für das Verständnis sozialer Ungleichheit von zentraler Bedeutung bleibt (McCall 2005: 1773-1774 und 1785).

Gerade dieser Fokus auf die Kategorie Klasse macht deutlich, warum Intersektionalität im Kontext der Analyse gesellschaftlicher Ungleichheit unverzichtbar ist. Es geht nicht allein um das Sichtbarmachen individueller Benachteiligung, sondern um die Analyse struktureller Dynamiken, die bestimmte Gruppen systematisch ausschließen, benachteiligen oder unsichtbar machen. Intersektionalität ermöglicht es, komplexe Diskriminierungsmechanismen zu untersuchen, bei denen sich etwa geschlechtliche, rassifizierende und klassenspezifische Machtverhältnisse wechselseitig verstärken. Eine Person kann beispielsweise in Bezug auf ihr

Geschlecht privilegiert, gleichzeitig aber in Bezug auf ihre ethnische Zugehörigkeit oder soziale Herkunft benachteiligt sein. Intersektionalität macht diese simultanen und sich überlagernden Zugehörigkeiten und Diskriminierungserfahrungen analytisch zugänglich (Kofer 2024: 97-98).

Ein weiterer wesentlicher Beitrag der intersektionalen Perspektive besteht darin, vernachlässigte Ungleichheitsdimensionen sichtbar zu machen. So betont McCall, dass Klasse häufig im Schatten der Diskussionen über Ethnie und Geschlecht steht, obwohl sie in vielen Gesellschaften eine grundlegende Strukturierung sozialer Ungleichheit darstellt. Auch aus postmigrantischer Sicht zeigt sich, dass sich soziale Ungleichheiten häufig entlang der Kategorien Ethnie, Klasse und Geschlecht formieren, wobei die Kategorie Migration diese Linien zusätzlich durchkreuzen kann. Gleichzeitig warnt die postmigrantische Perspektive davor, sämtliche Ungleichheiten vorschnell auf Migration zurückzuführen, da dies die analytische Erklärungskraft der einzelnen Kategorien schwächt und neue Stereotype erzeugen kann (Foroutan 2021: 78).

Durch die Konzentration auf strukturelle Beziehungen gelingt es der intersektionalen Analyse, die tief verwurzelten Ursachen sozialer Ungleichheit herauszuarbeiten. Machtverhältnisse werden dabei nicht bloß als Hintergrundvariablen behandelt, sondern als zentrale Analyseeinheit. Die Frage richtet sich darauf, wie Macht soziale Kategorien formt und wie diese Kategorien wiederum den Zugang zu Ressourcen, Partizipation und Anerkennung regulieren. Identitäten erscheinen in diesem Verständnis nicht als Ursprung sozialer Unterschiede, sondern als Ergebnis historisch gewachsener Hierarchien. Gleichzeitig fordert der intersektionale Ansatz eine kritische Reflexion der verwendeten Kategorien selbst ein, um deren vereinfachende und homogenisierende Wirkung zu hinterfragen. Ziel ist es, dominante Wahrnehmungsmuster zu hinterfragen und neue Perspektiven auf Identität, Zugehörigkeit und Differenz zu ermöglichen (Cho 2013: 798-800).

Ein zentrales Anliegen intersektionaler Forschung ist zudem die Sichtbarmachung von Anerkennungsdefiziten. Wenn sich Angehörige marginalisierter Gruppen nicht repräsentiert fühlen oder strukturell vom Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind, entsteht ein Defizit, das den normativen Idealen pluraler Demokratien widerspricht. Intersektionalität trägt dazu bei, diese Formen der Unsichtbarkeit aufzuzeigen und ihre politische Relevanz offenzulegen. Auch der Prozess der Veränderung, also die Praxis, bestimmte Gruppen als „fremd“ zu markieren, wird mithilfe intersektionaler Ansätze analysierbar. Solche Othering-Prozesse basieren häufig auf rassifizierten, geschlechtlichen oder kulturellen Stereotypisierungen und dienen dazu, bestehende Machtverhältnisse abzusichern, indem bestimmte Identitäten ausgeschlossen und abgewertet werden (Foroutan 2021: 75-76/Kofer 2024: 99-100).

Darüber hinaus hilft Intersektionalität, gesellschaftliche Polarisierung zu verstehen. Der Kampf um Anerkennung, der sich oft entlang intersektionaler Konfliktlinien abspielt, kann gesellschaftliche Spannungen verstärken, insbesondere dann, wenn sich das Versprechen

demokratischer Gleichheit in der alltäglichen Lebensrealität nicht erfüllt. Empirische Forschung zeigt, dass soziale Benachteiligung häufig mit politischer Exklusion einhergeht. Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status beteiligen sich seltener politisch, werden seltener repräsentiert und sind in politischen Entscheidungsprozessen unterrepräsentiert. Intersektionalität bietet einen geeigneten Rahmen, um diese wechselseitige Verstärkung von sozialer und politischer Ungleichheit differenziert zu analysieren (Foroutan 2021: 71-73).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Intersektionalität einen unverzichtbaren Beitrag zum Verständnis der strukturellen Ursachen sozialer Ungleichheit leistet. Insbesondere durch McCalls Konzept der kategorialen Komplexität wird deutlich, dass Ungleichheit nicht entlang isolierter Dimensionen analysiert werden kann, sondern als Ergebnis verschränkter Machtverhältnisse zu begreifen ist. Intersektionale Ansätze erlauben es, Diskriminierung, Ausschlüsse und Anerkennungsdefizite differenziert zu erfassen, ohne dabei die strukturellen Ursachen aus dem Blick zu verlieren. Nur auf dieser Basis lassen sich wirksame Strategien entwickeln, um gesellschaftliche Teilhabe gerechter zu gestalten und den demokratischen Anspruch auf Gleichheit und Inklusion einzulösen.

3 Intersektionale Ungleichheit in den Tagungsprojekten

Die auf der Tagung „PoMigDem“ präsentierten Arbeiten machten eindrücklich deutlich, dass politische Ungleichheit in einer postmigrantischen Gesellschaft nicht als singuläre Folge fehlender Ressourcen oder mangelnder Motivation zu verstehen ist. Vielmehr entsteht sie aus einem komplexen Zusammenspiel struktureller, institutioneller und erfahrungsbasierter Faktoren, die sich entlang intersektionaler Merkmale – insbesondere Migrationsbiografie, Geschlecht, Bildungsstand und sozioökonomischer Status – wechselseitig verstärken oder abschwächen. Ausgangspunkt der Diskussion war die zentrale Annahme, dass politische Gleichheit – verstanden als Gleichheit bürgerlicher Rechte – und ein gleichverteilter Zugang zu politischen Ressourcen in pluralistischen Demokratien kein statischer Zustand sind, sondern kontinuierlich gesellschaftlich ausgehandelt werden müssen (Dahl 1971/Lauth 2004). Dieser Aushandlungsprozess ist besonders herausfordernd in Kontexten, in denen Migration nicht Ausnahme, sondern strukturprägendes Element der Gesellschaft ist (Solga et al. 2009: 13-17).

Besonders deutlich wurde diese Dynamik in empirischen Analysen, die auf dem European Social Survey (ESS10) basierten. Hier wurde der verbreiteten Hypothese nachgegangen, dass Menschen aus autoritär geprägten Herkunftsstaaten ein grundsätzlich geringeres Vertrauen in demokratische Institutionen hätten, denn demokratische Systeme benötigen eine demokratische Kultur, um funktionieren zu können (Almond und Verba 1963/Dalton 2007). Die Ergebnisse widerlegten eine solche kulturdeterministische Sichtweise. Stattdessen erwies sich die Qualität der Aufnahmeerfahrungen – zum Beispiel in Bezug auf Zugehörigkeitsgefühl, Anerkennung und gleichberechtigte Teilhabe – als entscheidend. Wer im Alltag in stabile soziale Netzwerke eingebunden ist, Respekt erfährt und institutionelle Offenheit erlebt, entwickelt deutlich häufiger ein stabiles Vertrauen in die demokratische Ordnung – unabhängig von den politischen Prägungen des Herkunftslands. Diese Befunde unterstreichen, dass Integrationsprozesse nicht allein an formalen Rechten gemessen werden können, sondern in hohem Maße von sozialen Anerkennungsbeziehungen abhängen.

Eine weitere Untersuchung stellte das klassische Ressourcenparadigma der Wahlbeteiligungsforschung grundlegend infrage. Sie zeigte, dass politische Abstinenz nicht zwangsläufig auf Bildungsdefizite oder mangelnde politische Kenntnisse zurückzuführen ist. Vielmehr wirken Erfahrungen sozialer Abwertung und Diskriminierung wie ein schleichender Erosionsprozess auf das politische Selbstverständnis. Menschen, die in ihrem Arbeitsumfeld oder im öffentlichen Raum wiederholt Missachtung erfahren, verlieren nicht selten den Glauben an die Wirksamkeit ihrer Stimme. Dieser Befund lässt sich im theoretischen Rahmen des relationalen Egalitarismus verorten, der Gerechtigkeit nicht nur als faire Ressourcenverteilung, sondern als Verhältnis wechselseitiger Anerkennung versteht (Fraser 2009). Politische Exklusion ist

demnach nicht nur ein rechtlicher oder ökonomischer Zustand, sondern ein tief in den sozialen Beziehungen verankerter Prozess.

Von ebenso großer Bedeutung waren die Untersuchungen zur Rolle lokaler Infrastrukturen. Hier zeigte sich, dass die Dichte und Zugänglichkeit migrantischer Organisationen und Begegnungsorte eine Schlüsselrolle für politische Teilhabe spielen. In Stadtteilen, in denen solche Strukturen gut ausgebaut sind, steigt nicht nur die Beteiligungsrate, sondern auch die Überzeugung, dass das politische System auf die eigene Stimme reagiert. Umgekehrt können fehlende oder schwer zugängliche Infrastrukturen wie unsichtbare Filter wirken, die selbst hochmotivierte Menschen von politischer Mitgestaltung ausschließen. Demensprechend fördern zivilgesellschaftliche Organisationen die politische Inklusion (Verba et al. 1995/Diehl 2004), wobei der Fokus im Projekt gesondert auf die räumliche Variation und den Fokus auf die soziale Zusammensetzung gelegt wird.

Diese Zusammenhänge traten besonders deutlich in der Untersuchung migrantischer Eltern hervor, deren Engagement in Bildungsinstitutionen nicht nur eine schulische Mitwirkung darstellt, sondern als Form bürgerschaftlichen Engagements mit Vorbildfunktion für ihre Kinder gilt (Pancer 2015). Trotz hoher Bildungsaspirationen und ausgeprägter Mitgestaltungsbereitschaft bleiben viele migrantische Eltern strukturell unterrepräsentiert (Wild 2021). Sprachbarrieren, asymmetrische Machtverhältnisse zwischen Eltern und pädagogischem Personal sowie mangelnde institutionelle Anerkennung ihrer Kompetenzen bilden hier zentrale Hürden. Entscheidend ist die Passung zwischen den Erwartungen der Eltern und den institutionellen Rahmenbedingungen – eine Passung, die oft an fehlender Diversitätskompetenz und strukturellen Exklusionsmechanismen scheitert (Becker und Gresch 2015).

Die Forschung innerhalb von „PoMigDem“ zielt daher nicht nur auf die Diagnose dieser Hürden, sondern auch auf die Entwicklung praxisnaher Lösungen. Im Rahmen eines Mixed-Methods-Ansatzes werden quantitative und qualitative Erhebungen kombiniert, um sowohl statistische Muster als auch subjektive Deutungen und institutionelle Praktiken zu erfassen. Dieses methodische Design erlaubt es, sowohl die Bandbreite migrationsbedingter Ungleichheiten zu erfassen als auch die lokalen und sektoralen Unterschiede sichtbar zu machen, die in der Aggregatperspektive oft untergehen.

Ein besonders sensibles Feld, in dem politische Ungleichheit sichtbar wird, ist die Repräsentation in politischen Ämtern. Analysen auf Grundlage von Interviews, Datenbanken und Online-Surveys (Migration und Repräsentation, Mikrozensus, Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung (INKAR)) deuten darauf hin, dass vor allem Frauen mit Migrationsgeschichte und niedrigem Einkommen strukturell unterrepräsentiert sind. Die Ursachen reichen von parteiinternen Selektionsmechanismen über stereotype Zuschreibungen bis hin zum Fehlen von Netzwerken, die den Zugang zu politischen Karrieren erleichtern könnten. Diese strukturellen

Barrieren werden in Bedrohungslagen zusätzlich verschärft: Gerade Frauen mit Migrationshintergrund im ländlichen Raum sind überdurchschnittlich häufig Ziel von Hasskampagnen, Einschüchterung und persönlichen Angriffen. Solche Erfahrungen führen nicht selten zum Rückzug aus dem politischen Raum („Exit“), in anderen Fällen jedoch zu widerständigem Engagement („Voice“)², das aber unter hohem psychischem Druck steht. Die Forschung macht deutlich, dass zivilgesellschaftliche Netzwerke und parteiliche Unterstützung zentrale Resilienzressourcen darstellen, die politische Präsenz unter widrigen Bedingungen erst ermöglichen.

Abschließend verdeutlichen die Tagungsergebnisse, dass politische Ungleichheit in einer post-migrantischen Demokratie weder monokausal erklärbar noch durch vereinzelte Reformmaßnahmen zu beheben ist. Es handelt sich um ein vielschichtiges Geflecht aus strukturellen Benachteiligungen, institutionellen Selektionsmechanismen und subjektiven Erfahrungen von Anerkennung oder Abwertung. Infrastrukturen, soziale Netzwerke und institutionelle Offenheit wirken hier als Katalysatoren oder Barrieren politischer Teilhabe. Das Projekt „PoMigDem“ leistet einen wesentlichen Beitrag, indem es nicht nur empirische Evidenz zu diesen Mechanismen liefert, sondern auch praxisorientierte Ansätze zur Stärkung politischer Gleichheit entwickelt und damit die Brücke zwischen theoretischer Demokratieforschung und konkreter politischer Praxis schlägt.

² Der konzeptionelle Rahmen basiert auf den Arbeiten von Pitkin 1967 und Hirschmann 1970.

4 Vergleich der bisherigen Forschung mit den Tagungsprojekten

Die Arbeiten von Armin Schäfer und Lea Elsässer zur politischen und sozialen Ungleichheit erklären diese vornehmlich durch Unterschiede im Zugang zu sozioökonomischen Ressourcen. Das Projekt „PoMigDem“ erweitert diese Perspektive um wesentliche strukturelle, symbolische und erfahrungsbezogene Dimensionen. Im Folgenden erfolgt ein vergleichender Überblick über zentrale Analysefelder.

Politische Responsivität

Schäfer und Elsässer weisen überzeugend nach, dass politische Entscheidungen vor allem die Interessen wohlhabender und gut gebildeter Gruppen widerspiegeln, während einkommensschwache und bildungsferne Milieus kaum Einfluss auf politische Prozesse ausüben (Schäfer 2015: 24-26 und 228 und Elsässer et al. 2017: 178). Die „PoMigDem“-Projekte ergänzen diesen Befund um die subjektive Wahrnehmungsebene: Menschen mit Migrationshintergrund und niedriger Bildung berichten über eine ausgeprägte Erfahrung politischer Nicht-Repräsentation. Dieses doppelte Demokratiedefizit manifestiert sich sowohl auf substantieller als auch auf symbolischer Ebene (Foroutan 2021).

Politische Repräsentation

Repräsentation umfasst nach Pitkin (1967) verschiedene Dimensionen: formale, symbolische, deskriptive und substantielle. Während Armin Schäfer und Lea Elsässer sich primär auf die substantielle Ebene fokussieren, berücksichtigen die „PoMigDem“-Projekte darüber hinaus die Bedeutung von deskriptiver und symbolischer Sichtbarkeit. So zeigt sich beispielsweise, dass Kandidierende mit Migrationsbiografie, insbesondere intersektional benachteiligte Frauen, durch institutionelle Hürden und stereotype Zuschreibungen systematisch benachteiligt werden (Debus et al. 2024).

Politische Partizipation

Das klassische Ressourcenmodell (Verba et al. 1995) erklärt politische Nichtbeteiligung vorwiegend mit fehlender Zeit, Geld oder Wissen. Das Projekt „PoMigDem“ widerspricht diesem reduktionistischen Verständnis, indem es politische Abstinenz vor allem als Folge von Diskriminierung und mangelnder Anerkennung begreift. Dies steht im Einklang mit Nancy Frasers (2009) Gerechtigkeitsverständnis, das über materielle Ressourcen hinaus auch die Dimension der Anerkennung umfasst – ein Aspekt, den postmigrantische Ansätze besonders hervorheben.

Raum und Infrastruktur

Neu ist der Fokus auf räumliche und infrastrukturelle Bedingungen politischer Teilhabe. Ein Teilprojekt illustriert, wie lokale Begegnungsorte und Informationskanäle als zentrale Bedingungsfaktoren fungieren, die Partizipation ermöglichen oder erschweren (El-Kayed und Keskinkilic 2023). Fehlen solche Infrastrukturen, führt dies zu einer strukturellen Distanz zwischen Bürgern und demokratischen Institutionen (Star 1999).

Postmigrantische Demokratie

Das Konzept der postmigrantischen Demokratie, wie es Foroutan (2021) herausgearbeitet hat, versteht Demokratie als fortlaufenden, pluralitätsorientierten Aushandlungsprozess, der institutionell verankert ist. Im Gegensatz zu klassischen Theorien, die ein normatives Ideal politischer Gleichheit voraussetzen, macht der postmigrantische Ansatz bestehende blinde Flecken sichtbar und richtet den Fokus darauf, wie Zugehörigkeit, Teilhabe und Anerkennung konkret verwirklicht werden können.

Die bisherigen Erkenntnisse des Projekts „PoMigDem“ fügen sich in eine langjährige Forschungstradition zur Analyse politischer und sozialer Ungleichheit ein, erweitern diese jedoch auf mehreren Ebenen signifikant. Bereits Schäfer (2015) und Elsässer et al. (2018) haben herausgearbeitet, dass soziale Ungleichheit nicht nur ökonomische Lebenslagen prägt, sondern auch die Chancen auf politische Teilhabe ungleich verteilt sind. Zentrale Mechanismen wie ungleiche Ressourcenausstattung, selektive Responsivität politischer Akteur:innen und der Einfluss sozioökonomischer Positionen auf politische Einstellungen gelten weiterhin als grundlegend. Das Projekt „PoMigDem“ bestätigt diese Befunde, allerdings wird der analytische Schwerpunkt verstärkt auf die Intersektionalität von Migrationsbiografie, Geschlecht, Bildung und Einkommensstärke gelegt. Deshalb sind die Projekte als Erweiterung zu den bisherigen Untersuchungen zu verstehen.

Während die bisherige Demokratieforschung politische Ungleichheit vorwiegend entlang klassischer sozioökonomischer Trennlinien wie beispielsweise Einkommens- oder Bildungshierarchien untersucht hat, zeigt das „PoMigDem“-Projekt, wie diese Achsen mit migrationsbedingten Differenzlinien verflochten sind. Damit knüpft das Projekt an intersektionale Ansätze an, die in der Ungleichheits- und Repräsentationsforschung bislang nur punktuell Anwendung fanden. Zwar wird anerkannt, dass ethnische Minderheiten und Menschen mit Migrationsgeschichte in politischen Ämtern unterrepräsentiert sind, doch die systematische Untersuchung spezifischer Mehrfachkonstellationen, beispielsweise die gleichzeitige Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse und das Frausein, blieb bisher aus. Die detaillierte Untersuchung der Online-Surveys kombiniert mit Interviews und Online-Befragungen liefern nun erstmals belastbare

Evidenz für kumulative Effekte multipler Benachteiligungen auf Nominierungschancen, die Wahrnehmung politischer Responsivität und die tatsächliche Repräsentation.

Ein weiterer Unterschied zeigt sich in der theoretischen Rahmung. Die Arbeiten von Armin Schäfer und Lea Elsässer heben die politische Responsivität als zentrales Kriterium demokratischer Qualität hervor, wodurch ihr Fokus vornehmlich darauf liegt, wie gut politische Entscheidungen die Präferenzen verschiedener sozioökonomischer Gruppen abbilden. In den verschiedenen Teilprojekten, die bei der „PoMigDem“-Tagung präsentiert wurden, wird dieser Begriff erweitert, indem neben politischem Output auch die subjektiven Wahrnehmungen von Anerkennung, Zugehörigkeit und institutioneller Offenheit einbezogen werden. Auf diese Weise verschiebt sich die Perspektive von einer rein präferenzbasierten Messung hin zu einem relationalen Verständnis, das eng mit Nancy Frasers Konzept der Gerechtigkeit als paritätischer Partizipation korrespondiert (Fraser 2009). Politische Gleichheit wird demnach nicht nur als formale Rechtsgleichheit verstanden, sondern als tatsächlich erlebte Möglichkeit, gesellschaftliche Prozesse mitzugestalten.

Empirisch widerspricht das Projekt „PoMigDem“ der weit verbreiteten Annahme, politische Abstinenz lasse sich hauptsächlich durch individuelle Defizite wie fehlendes Wissen oder mangelnde Ressourcen erklären. Zwar belegen die Daten weiterhin den Einfluss ökonomischer und bildungsbezogener Ressourcen, jedoch treten Diskriminierungserfahrungen, soziale Abwertung und institutionelle Passungsprobleme als eigenständige und gewichtige Faktoren hervor. Diese Erkenntnisse ergänzen ressourcenorientierte Erklärungsmodelle um eine ausgeprägte relationale Dimension. Politische Teilhabe ist nicht nur durch individuelle Ausstattung bestimmt, sondern maßgeblich von der Qualität sozialer Interaktionen und der Offenheit institutioneller Strukturen abhängig.

Besonders hervorzuheben ist der Beitrag zur Erforschung infrastruktureller Bedingungen politischer Teilhabe. Während bisherige Studien (El-Kayed und Keskinilic 2023) die Bedeutung lokaler Begegnungsräume und migrantischer Selbstorganisation betonten, liefern die Analysen des Projekts systematische Evidenz dafür, dass Infrastrukturen nicht nur politische Partizipation fördern, sondern auch migrationsbezogene Einstellungen prägen. Die Identifikation von Infrastrukturen als „Übersetzungsschicht“ zwischen individueller Lebenswelt und politischem System stellt eine wichtige konzeptionelle Weiterentwicklung dar, die in der bisherigen Forschung nur am Rande berücksichtigt wurde.

Abschließend verdeutlicht dieser Vergleich, dass sich das „PoMigDem“-Projekt mit bedeutenden Forschungslücken befasst, die in der Demokratieforschung bisher unbeachtet blieben. So wurde der Migrationshintergrund bislang häufig binär erfasst, wodurch die innere Vielfalt dieser Bevölkerungsgruppe verborgen blieb. Auch die Rolle sozialer Erwünschtheit in Selbstauskünften zu demokratischen Einstellungen wurde in der bisherigen empirischen Forschung kaum

berücksichtigt. „PoMigDem“ begegnet diesen Defiziten, indem es differenzierte intersektionale Analysen mit qualitativen Methoden kombiniert, die den Einfluss sozialer Erwünschtheit reduzieren.

Insgesamt bestätigt der Vergleich dieser Forschungsansätze, dass klassische Mechanismen politischer Ungleichheit – Ressourcenunterschiede, institutionelle Filter und selektive Responsivität – weiterhin maßgeblich wirken. Die Erweiterung durch das „PoMigDem“-Projekt besteht darin, diese Mechanismen intersektional zu verorten, die Bedeutung subjektiver Anerkennung und lokaler Infrastruktur systematisch einzubeziehen und so ein umfassenderes Verständnis politischer Gleichheit in postmigrantischen Demokratien zu ermöglichen. Auf diese Weise schlägt das Projekt eine Brücke zwischen theoretischen Demokratiediagnosen und praxisorientierten Handlungsempfehlungen, die gezielt auf die Verringerung struktureller Ungleichheiten abzielen. Während klassische Theorien robuste empirische Belege für strukturelle Verzerrungen politischer Responsivität liefern, machen postmigrantische Ansätze zusätzliche Ungleichheitsmechanismen sichtbar, insbesondere Mehrfachdiskriminierung und symbolische Exklusion. Zusammen eröffnen beide Perspektiven ein vertieftes Verständnis politischer Ungleichheit und bieten wichtige Ansatzpunkte für eine inklusivere demokratische Praxis.

5 Fazit

Ausgehend von der Forschungsfrage: *„Inwiefern beeinflussen intersektionale Merkmale wie Migrationshintergrund, Geschlecht, Bildungsstand und Einkommen die Wahrnehmung politischer Responsivität und Partizipation in Deutschland?“*, zeigt die Analyse, dass diese Merkmale in einem komplexen Wechselverhältnis stehen und politische Teilhabechancen maßgeblich prägen. Die bisherigen Ergebnisse aus dem PoMigDem-Projekt verdeutlichen, dass politische Ungleichheit nicht allein durch Unterschiede in sozioökonomischen Ressourcen erklärt werden kann. Vielmehr wirken Diskriminierungserfahrungen, fehlende institutionelle Anerkennung, infrastrukturelle Defizite sowie symbolische Exklusionsmechanismen als eigenständige Barrieren, die die Wahrnehmung politischer Responsivität und das Vertrauen in demokratische Institutionen nachhaltig beeinflussen.

Damit wird deutlich, dass politische Gleichheit nicht allein als formale Rechtsgleichheit verstanden werden darf. Sie muss vielmehr als erlebte Möglichkeit zur Mitgestaltung gesellschaftlicher Prozesse konzipiert werden – eine Möglichkeit, die unter intersektionalen Benachteiligungskonstellationen oft strukturell eingeschränkt ist. Die postmigrantische Perspektive des Kooperations-Projekts liefert hierfür entscheidende Einsichten, indem sie migrationsbezogene Differenzlinien mit klassischen Ungleichheitsdimensionen verknüpft und deren kumulative Wirkung empirisch belegt.

Die Bedeutung des Projekts liegt somit nicht nur in der Schließung theoretischer und empirischer Forschungslücken, sondern auch in der Entwicklung praxisorientierter Handlungsempfehlungen. Die laufenden Projekte zeigen auf, dass eine zukunftsfähige Demokratie gezielt Strukturen schaffen muss, die Anerkennung, Zugehörigkeit und gleichberechtigte Partizipation fördern. Nur wenn politische Institutionen diese Voraussetzungen gewährleisten, kann der normative Anspruch demokratischer Gleichheit in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft eingelöst werden.

6 Literaturverzeichnis

- Almond, Gabriel A.; Verba, Sidney. 1963. *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Becker, Birgit und Gresch, Cornelia. 2015. Bildungsaspirationen in Familien mit Migrationshintergrund. In C. Diehl, C. Hunkler und C. Kristen (Hrsg.), *Ethnische Ungleichheiten im Bildungsverlauf* (S. 73-115). Springer VS.
- Cho, Sumi; Crenshaw, Kimberle, Williams und McCall, Leslie. 2013. *Toward a Field of Intersectionality Studies: Theory, Applications, and Praxis*. Signs: Journal of Women in Culture and Society 38(4), S. 785-810.
- Dahl, Robert A. 1971. *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven, London: Yale University Press.
- Dalton, Russell J. 2007. *The Good Citizen: How a Younger Generation Is Reshaping American Politics*. Revised edition. Washington, DC: CQ Press.
- Debus, Markus; Schulte, Sarah. und Zimmer, Annika. 2024. Institutionelle Hürden und stereotype Zuschreibungen: Intersektionale Benachteiligungen von Kandidierenden mit Migrationsbiografie. In: J. Dahmen-Adkins & A. Wolfram (Hrsg.), *Wissenschaftskarrieren und Gender Bias. Chancengerechtigkeit an Hochschulen zwischen formellen Vorgaben und informellen Einflüssen*. Barbara Budrich.
- Diehl, Claudia. 2004. *Mikroprozesse der Integration: Soziale Kontakte, Organisationen und Partizipation im Kontext der Einwanderung*. Opladen: Leske + Budrich.
- El-Kayed, Nihad & Keskinliç, Leoni J. 2023. Infrastrukturen im Kontext von Ankunft – Multidimensionale Muster des Ressourcen-Zugangs in einem etablierten und einem neuen Einwander*innenviertel in Deutschland. *Geografica Helvetica*, 78, S. 355–367.
- Elsässer, Lea; Hense, Svenja, Schäfer, Armin, 2017. „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. *Z Politikwiss* (2017) 27:161–180. Springer Verlag, In: s41358-017-0097-9.pdf, zuletzt abgerufen am 01.08.2025.
- Elsässer, Lea. 2018. *Wessen Stimme zählt?: soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*. 1. Aufl. Bd. 91. Frankfurt. Campus Verlag, Print.
- Foroutan, Naika. 2021. *Die postmigrantische Gesellschaft*. Bielefeld. Transkript Verlag.
- Fraser, Nancy. 2009. *Scales of Justice: Reimagining Political Space in a Globalizing World*. New York: Columbia University Press.
- Hirschman, Albert O. 1970. *Exit, Voice, and Loyalty: Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Kofer, Martina. 2024. Postmigrantische Identitätskonstruktionen, In: N. Hodaie und M. Hofmann (Hrsg.), *Postmigrantische Literatur, Literatur und Postmigration*. Springer Nature.
- Lauth, Hans-Joachim. 2004. Dimensionen der Gleichheit. In *Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich*. Herausgegeben von Hans-Joachim Lauth. Wiesbaden: Springer Verlag.

- McCall, Leslie. 2005. *The Complexity of Intersectionality*. Signs: Journal of Women in Culture and Society 30 (3), S. 1771-1800.
- Pancer, S. Mark. 2015. *The Psychology of Citizenship and Civic Engagement*. Oxford University Press.
- Pitkin, Hanna. 1967. *The concept of representation*, Berkeley: University California Press.
- Schäfer, Armin. 2015. Der Verlust politischer Gleichheit: Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Solga, Heike; Powell, Justin und Berger, Peter A. 2009. Soziale Ungleichheit. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Star, Susan Leigh. 1999. „*The Ethnography of Infrastructure*“. American Behavioral Scientist, 43(3), 377–391.
- Wild, Elke. 2021. Eltern als Erziehungs- und Bildungspartner von Schule? Warum und Wie welche Eltern stärker in das Schulleben ihrer Kinder involviert werden sollten und könnten. In Sachverständigenkommission des Neunten Familienberichts (Hrsg.), Eltern sein in Deutschland. Materialien zum Neunten Familienbericht (S. 435-536). DJI Verlag Deutsches Jugendinstitut.
- Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman und Henry E. Brady. 1995. *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Eidesstattliche Versicherung

Ich, Jawad Yazbeck (3109968) versichere durch meine eigenhändige Unterschrift an Eides Statt, dass ich die Arbeit mit dem Titel „Politische (Un-)Gleichheit in der postmigrantischen Demokratie“ selbstständig und ohne fremde Hilfe angefertigt habe und alle Stellen, die ich wörtlich oder dem Sinne nach aus veröffentlichten und nicht veröffentlichten Quellen entnommen habe, als solche kenntlich gemacht habe und mich auch keiner anderen als der angegebenen Literatur oder sonstiger Hilfsmittel bedient habe. Weiterhin erkläre ich, dass die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form oder auszugsweise im Rahmen einer anderen Prüfung noch nicht zur Bewertung vorgelegt worden ist. Ich versichere an Eides Statt, dass ich die vorgenannten Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe und dass die Angaben der Wahrheit entsprechen und ich nichts verschwiegen habe. Die Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung ist mir bekannt, namentlich die Strafandrohung gemäß § 156 StGB bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe oder Geldstrafe bei vorsätzlicher Begehung der Tat bzw. gemäß § 161 Abs.1 StGB bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe oder Geldstrafe bei fahrlässiger Begehung.

Ort, Datum: Essen, den 20.10.2025

Unterschrift:

